

## Für den Erhalt der Zeltweger Betriebskrankenkasse!

Die ÖVP/FPÖ-Regierung will die Sozialversicherungen zusammenlegen. Diese Pläne betreffen auch die Betriebskrankenkassen.

**Die** Gebietskrankenkassen, und andere Sozialversicherungsträger, sollen zu einer „Österreichischen Gesundheitskasse“ (ÖGK) zusammengelegt werden. Der Sitz dieser Gesundheitskasse soll in Wien sein. Nur noch diese eine Stelle soll in Zukunft Budget- und Personalhoheit haben. Von diesen Plänen könnte auch die Zeltweger Betriebskrankenkasse betroffen sein.

**Rund 106 Millionen Rücklagen**  
**Derzeit** gibt es fünf Betriebskrankenkassen mit insgesamt rund 50.000 Versicherten. Insgesamt haben diese fünf Kassen mit Ende 2017 Rücklagen in der Höhe von 106,8 Millionen Euro angespart. Das sind - verglichen mit den anderen Krankenkassen - relativ hohe Beträge. Bei einer Zusammenlegung würden diese Gelder in die neue ÖGK fließen.

**Zuerst** war zu vernehmen, dass die fünf Betriebskrankenkassen in die neue ÖGK eingegliedert werden. Nun ist davon die Rede, dass vier Betriebskrankenkassen als „betriebliche Wohlfahrtseinrichtungen“ weiter bestehen. Was das konkret bedeutet, ist allerdings offen.

**Betriebskrankenkassen** sind eine Errungenschaft der ArbeiterInnen und Angestellten. Sie werden in Selbstverwaltung von VertreterInnen der Firmenleitung und des Betriebsrates geführt. Die Verwaltungskosten und das Personal der Betriebskrankenkassen werden vom Unternehmen finanziert.

### Nähe zu den Versicherten

**Durch** die Nähe der Zeltweger Betriebskrankenkasse zu ihren Versicherten ist eine optimale Betreuung möglich. Für anfallende Probleme kann vor Ort eine Lösung gefunden werden. Bei der Zentralisierung in

### Antrag von KPÖ und SPÖ

Der Gemeinderat der Stadt Zeltweg spricht sich gegen die Auflösung der Betriebskrankenkassen aus und fordert die Bundesregierung auf, die Betriebskrankenkassen als Körperschaft in der bestehenden Form zu erhalten.

**Dieser Antrag wurde gegen die Stimmen der FPÖ und den Gemeinderäten Thomas Tragner und Anton Hartleb angenommen**

Wien würde diese individuelle Betreuung wegfallen.

**Bei** einer Auflösung der Betriebskrankenkassen würde das Mitspracherecht der Belegschaftsvertretung verloren gehen. Die Kosten der Verwaltung würden künftig von den Versicherten zu tragen sein. Eine Auflösung der Zeltweger Betriebskrankenkasse wäre ein Nachteil für alle dort Versicherten. Deshalb hat die KPÖ einen Antrag zum Erhalt der Betriebskrankenkassen vorgelegt.

**Die** SPÖ hat das Anliegen unterstützt. Der oben stehende Antrag wurde von KPÖ und SPÖ gemeinsam eingebracht und dann von SPÖ, ÖVP und KPÖ beschlossen. Die FPÖ, GR Thomas Tragner und GR Anton Hartleb haben gegen diesen Antrag gestimmt. Wie man, wenn man das Interesse der ZeltwegerInnen im Auge hat, gegen einen solchen Antrag stimmen kann ist uns ein Rätsel.

**Einladung zum  
KPÖ-Stammtisch**  
Reden, diskutieren, sich informieren

Jeden 1. und 3. Mittwoch  
im Monat  
KPÖ-Parteiheim,  
Friedensstraße 10, Knittelfeld  
ab 17.00 Uhr

**Mi. 7. Nov.:**  
Was bedeuten die  
Regierungspläne für  
Sozialversicherungen  
und Krankenkassen?

## Differenzen um Vorsitz des Prüfungsausschusses

Bei der letzten Gemeinderatswahl wurde die Grüne Bürgerliste Zeltweg die kleinste Gemeinderatsfraktion. Der kleinsten Gemeinderatsfraktion steht der Vorsitz im Prüfungsausschuss zu. In der Gemeinde Zeltweg sind die Dinge allerdings komplizierter.

**Am** Beginn der Gemeinderatsperiode wurde Frau Sylvia Hartleb von der Grünen Bürgerliste zur Obfrau des Prüfungsausschusses gewählt. Nach einiger Zeit gab es einen Misstrauensantrag gegen Frau Hartleb. Später hat sie ihr Gemeinderatsmandat zurückgelegt. Ihr Nachfolger wurde Herr Anton Hartleb.

**Am** 6. August 2015 erfolgte die Neuwahl des Vorsitzes des Prüfungsausschusses. Zum Zeitpunkt der Wahl lag kein Wahlvorschlag der Grünen Bürgerliste vor. Laut Gemeindeordnung geht in solchen Fällen das Vorschlagsrecht auf die zweitschwächste Partei über. Das ist die KPÖ. So wurde GR Peter Lorberau zum Vorsitzenden des Prüfungsausschusses gewählt. Diese Wahl erfolgte ordnungsgemäß. Sie wurde nicht angefochten und ist daher rechtskräftig.

**Nach** einiger Zeit hat die Grüne Bürgerliste den Vorsitz wieder für sich beansprucht. Ob die schwächste Fraktion den Vorsitz wieder übernehmen darf, auch wenn es bereits einen ordentlich gewählten Obmann gibt, ist in der Gemeindeordnung nicht geregelt.

**Auf** eine Beschwerde von Herrn Hartleb hat die Gemeindeaufsicht des Landes GR Lorberau aufgefordert, eine Neuwahl des Obmannes durchzuführen. Allerdings war das Schreiben des Landes kein Bescheid und lieferte auch keine rechtliche Begründung, warum der Vorsitz an die Bürgerliste übergehen soll.

**GR** Lorberau hat sich Rat bei einem Spezialisten für das Steirische Gemeinderecht, Herrn Dr. Dieter Neger, geholt. Er hat dem Land und Herrn Lorberau mitgeteilt, dass nach seiner Rechtsmeinung das Vorschlagsrecht für die ganze Periode auf die KPÖ übergegangen sei. Auch der Steirische Städtebund hat sich dieser Meinung in einer Stellungnahme angeschlossen.

**In** der letzten Gemeinderatssitzung hat GR Lorberau den Antrag zur Neuwahl des Vorsitzenden des Prüfungsausschusses gestellt. Für den Antrag stimmte GR Hartleb, die anderen GemeinderätInnen lehnten eine Neuwahl ab. GR Lorberau enthielt sich der Stimme. Damit bleibt er Obmann des Prüfungsausschusses.



**Peter Lorberau:**

„Mir geht es nicht darum, jemanden als Obmann des Prüfungsausschusses zu verhindern.

Aber zu dieser Frage gibt es unterschiedliche Rechtsmeinungen.

Nur auf Zuruf des Landes hin, ohne ausreichende rechtliche Begründung, bin ich nicht bereit zurückzutreten.“

## Bezüge sind laut unserem Parteistatut abzuliefern

Die Tätigkeit einiger GemeindefunktionärInnen sind laut Gesetz mit dem Bezug einer Geldleistung verknüpft. Dazu gehören BürgermeisterInnen, Vize-BürgermeisterInnen, FinanzreferentInnen und Stadträte. Die Höhe dieser Bezüge legt der Landtag fest.

**Vorsitzende** von Gemeinderatsausschüssen können einen Bezug in der Höhe von maximal 20 Prozent des Bürgermeisterbezuges erhalten. Ob, und in welcher Höhe, ein Entgelt bezahlt wird, legt der Gemeinderat fest. In Zeltweg bekommen die Obleute 20 Prozent des Bürgermeisterbezugs. Das sind aktuell 1.097,45 Euro, 14 Mal im Jahr.

	Wert	Beträge in EUR
----- A1 Festnetz Rechnung ----- A1 Telekom Austria Aktiengesellschaft MDID:0000019180135 ----- A1 Festnetz Rechnung ----- ---- 0101877178 / 200003290033 ---- Rechnungsnr. 295156250276	2607	44,82-
BEZUG/AUFW.ENTSCH. 8/2018 Stadtgemeinde Zeltweg 000604600818 BEZUG/AUFW.ENTSCH. 8/2018	3007	1.097,45
Herr/Frau/Firma Kommunistische Partei KPÖ Knittelfeld	*** FOLGEBLATT ***	
Modernstes Business Banking - Telebanking Pro!		
22/1 Auszug/Blatt	02.08.2018 12:01 Datum/Uhrzeit	AT052081526000000617 IBAN
		26000-000617 Kontonummer

**Die** KPÖ kritisiert die Höhe der PolitikerInnenbezüge. Wir haben im Gemeinderat den Antrag gestellt, die Höhe der Bezüge der Ausschussvorsitzenden auf die Hälfte zu kürzen. Unser Antrag wurde abgelehnt.

**Auch** im Landtag ist die KPÖ immer gegen die hohen PolitikerInnengehälter aufgetreten. Unser Antrag die Bezüge der LandespolitikerInnen um ein Drittel zu kürzen wurde von den anderen Parteien abgelehnt.

**Um** zu zeigen, dass wir nicht Wasser predigen und selbst Wein trinken, steht im Statut der KPÖ, dass die Bezüge aus politischen Tätigkeiten an die jeweilige KPÖ-Bezirksorganisation abzutreten sind.

**Gemäß** unseres Statuts wird der Bezug von GR Peter Lorberau jedes Monat von der Gemeinde direkt an die KPÖ-Bezirksleitung Knittelfeld überwiesen. Das belegt auch obenstehender Kontoauszug.

## Enorme Preissteigerung bei Schulprojekten

Der Gemeinderat hat im Vorjahr den Grundsatzbeschluss zur Generalsanierung von Volksschule und Neuer Mittelschule und zur Errichtung einer öffentlichen Bibliothek gefasst. Allerdings wurde eine Kostenschätzung in der Höhe von rund 7,4 Mio. Euro vorgelegt.

**Die** Generalplanung dieser Projekte wurde an die Bietergemeinschaft Reithmayr/Balloon vergeben. Die Planer haben die Kosten evaluiert. Dabei kamen wesentlich höhere Zahlen heraus. Nun werden die Kosten auf 11,8 Mio. Euro geschätzt. Das sind rund 4,4 Mio. mehr als ursprünglich angegeben. Außerdem wurde eine Reduktion der Gesamtbaufläche um rund 500 m<sup>2</sup> vorgenommen.

**Die** Mehrkosten wurden im wesentlichen mit rund 2,9 Mio. Euro an höheren Baukosten, Honoraren in der Höhe von rund 770.000 Euro und einer eingeplanten Reserve von rund 680.000 Euro begründet.

**Die** Gemeinde hat sich an das Land gewandt um eine Stellungnahme über die Plausibilität der Mehrkosten zu erhalten. Das Land hat geantwortet, dass die höheren Kosten auf Grund der Preissteigerung, der Hochkonjunktur im Bau und den viel zu niedrig angesetzten Projektentwicklungskosten als realistisch betrachtet werden können.

**Der** Bau wird zu 60 Prozent durch Bedarfszuweisungen des Landes und zu 40 Prozent von der Gemeinde Zeltweg finanziert. Die Neukosten wurden mehrheitlich beschlossen. Die Gemeinderäte Anton Hartleb und Thomas Tragner stimmten dagegen.

**Die** KPÖ hat den Schulsanierungen trotz der enormen Mehrkosten zugestimmt. Denn es ist uns wichtig, dass die Zeltwegger SchülerInnen eine moderne Bildungseinrichtung besuchen können. Allerdings sind die Mehrkosten eine sehr bittere Pille. Es stellt sich die Frage inwieweit diejenigen, die die viel zu niedrigen Zahlen erstellt haben, für ihr Zahlenwerk haften?

## Umbauten auch ohne Verkauf der Gemeindewohnungen möglich

**Vor** dem ersten Umbaubeschluss war immer zu hören, dass dieses Projekt nur durch den Verkauf der Zeltwegger Gemeindewohnungen zu finanzieren sei.

**Nun** war es möglich ein wesentlich teureres Projekt zu beschließen ohne dass die Wohnungen verkauft sind. Wir hoffen es bleibt dabei.

## Liebe Zeltweggerinnen und Zeltwegger!

**Ob Verstaatlichte oder Sozialversicherungen: Zuerst schlechtmachen, dann privatisieren**

**Momentan** habe ich gerade ein sogenanntes „Déjà-vu-Erlebnis“. Was ich bei der Zerschlagung der Verstaatlichten erlebt habe, wiederholt sich nun bei den Sozialversicherungen. Zuerst wurde die Verstaatlichte schlechtmacht, am Ende stand die Privatisierung.

**Um** für die massiven Eingriffe der ÖVP/FPÖ-Regierung in die Sozialversicherungen und Krankenkassen Stimmung zu machen, wurde mit falschen Zahlen operiert. Kanzler Sebastian Kurz und Vizekanzler Hans-Christian Strache empörten sich in einer Pressekonferenz über die angeblich hohen Kosten der Verwaltung und die hohe Zahl von FunktionärInnen und Dienstwägen. Es wurde versprochen eine „Funktionärsmilliarde“ in eine Milliarde für die PatientInnen umzuwandeln.

**Auf** Grund einer parlamentarische Anfrage der SPÖ an FPÖ-Sozialministerin Beate Hartinger-Klein mussten die echten Zahlen auf den Tisch gelegt werden: Die Sitzungsgelder, Funktionsgebühren, Reise- und Aufenthaltskosten für die VersichertenvertreterInnen lagen im Vorjahr bei 5,67 Millionen Euro. In dieser Summe sind die Gebietskrankenkassen und alle anderen Träger wie Selbstständige, Bauern, Eisenbahner, öffentlicher Dienst, Pensionsversicherung, Unfallversicherung, Hauptverband und Notariatskasse berücksichtigt.

**Die** Gesamtaufwendungen der Sozialversicherungen lagen bei 61,57 Milliarden Euro. **Die Funktionärskosten machen also 0,009 Prozent der Gesamtkosten aus.** Weit weg von einer „Funktionärsmilliarde! ÖVP und FPÖ haben von 160 Dienstautos gesprochen. Die Ministerin musste zugeben, dass es tatsächlich nur zwölf sind.

**Kurz** und Strache haben behauptet, dass es 2.000 VersicherungsfunktionärInnen gäbe. Laut Hauptverband sind es tatsächlich 970. Von diesen 970 Personen bekommen 184 eine monatliche Funktionsgebühr, die bei maximal 4.147 Euro liegen darf. Die restlichen 768 FunktionärInnen bekommen nur ein Sitzungsgeld von aktuell 42 Euro.

**Diese** bewussten Falschmeldungen sind Teil der Kampagne gegen die Sozialversicherungen. Bei der Verstaatlichten folgte die Privatisierung und damit der Verlust jeder wirtschaftlichen Gestaltungsmöglichkeit durch den Staat. Tausende von Arbeitsplätzen und viel an sozialer Sicherheit gingen verloren. Die Verstaatlichte war das Eigentum der ÖsterreicherInnen. Ihr Ausverkauf war Diebstahl an den arbeitenden Menschen. Die geplante Zerschlagung unseres selbstverwalteten Sozialversicherungswesens wird ebenfalls schwerwiegende Verschlechterungen bringen.

**KPÖ-Gemeinderat Peter Lorberau**  
Tel: 0664/404 77 21, Mail: p.lor49@gmail.com



## Land bleibt Sozialhilfeverband Millionen schuldig KPÖ-Antrag zur pünktlichen Bezahlung von SPÖ, ÖVP und FPÖ abgelehnt



Die Sozialhilfeverbände haben vielfältige Aufgaben, wie die Sozialhilfe, die Behindertenhilfe, die Jugendwohlfahrt oder die Finanzierung von Pflegeleistungen. Sie verwalten jährlich rund 900 Millionen Euro. Das Land und die Gemeinden teilen sich die Sozialhilfeausgaben im Verhältnis 60:40. Die Kosten sind vorläufig von den Sozialhilfeverbänden zu tragen. Doch das Land bleibt den Sozialhilfeverbänden zustehende Gelder in Millionenhöhe schuldig.

**Das** Land wäre verpflichtet die den Sozialhilfeverbänden zustehenden Mittel in sechs gleichen Raten im Vorhinein zu überweisen. Doch das Land überweist seit geraumer Zeit nicht die volle Summe jeder Tranche. Stattdessen wird ein immer größer werdender Anteil in das nächste Jahr verschoben und dann erst in der zweiten Hälfte des Folgejahres ausbezahlt.

### Sozialhilfeverband Murtal: Land schuldet 9,5 Millionen Euro!

**Das** bringt die Sozialhilfeverbände in finanzielle Schwierigkeiten. So schuldet das Land dem Sozialhilfeverband Murtal mit heurigem September rund 9,5 Mio. Euro. Die Verbände sind daher gezwungen einen beträchtlichen Teil der Kosten, die eigentlich vom Land zu tragen sind, vorzufinanzieren. Der Sozialhilfeverband Murtal hat kürzlich die Aufnahme eines Kredites in der Höhe von vier Millionen Euro beschlossen.

**Die** Kosten für diesen Kredit übernimmt aber nicht das Land, sie sind vom Verband zu tragen. Das ist nicht nur eine Unverschämtheit, die Gelder die der Kredit kostet fehlen bei den Leistungen für die BewohnerInnen des Murtals. Deshalb hat die KPÖ im Landtag folgenden Antrag eingebracht:

#### Antrag der KPÖ im Landtag:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, in Zukunft ihren Anteil an den Sozialhilfeausgaben an die Sozialhilfeverbände pünktlich und ungekürzt auszuzahlen, damit die Sozialhilfeverbände nicht in Finanzierungsschwierigkeiten geraten.

**Von SPÖ, ÖVP und FPÖ abgelehnt**

**Die** Ablehnung des Antrags im Landtag, als auch die Duldung dieser Praxis des Landes durch die VertreterInnen der Sozialhilfeverbände ist uns unverständlich.

### SPÖ, ÖVP und FPÖ sitzen sowohl im Verband, als auch im Landtag

**Die** Führung der Sozialhilfeverbände liegt in den Händen von VertreterInnen der gleichen Parteien (SPÖ, ÖVP, FPÖ), die auch im Landtag sitzen. Einige Landtagsabgeordnete dieser Parteien sitzen auch in Gemeinderäten. Sie wissen daher, dass das Vorgehen des Landes die Gemeinden schädigt.

**Es** müsste doch von den FunktionärInnen des Sozialhilfeverbandes genug Druck auf die eigenen Parteien gemacht werden können, um eine pünktliche Bezahlung der zustehenden Gelder zu erreichen. Offensichtlich ist es leichter einen Kredit aufzunehmen, als von der eigenen Parteispitze eine korrekte Vorgangsweise zu verlangen.

### Sozialhilfeverband auch Thema im Gemeinderat

**Die ÖVP hat im Gemeinderat einen Dringlichkeitsantrag mit drei Forderungen eingebracht.**

**Der** Bürgermeister soll beauftragt werden die Veröffentlichung des Prüfberichtes des Landes über die Sozialhilfeverbände zu erreichen. Zweitens soll er an den Rechnungshof zur Überprüfung des steirischen Normkostenmodells und der Sozialhilfeverbände herantreten. Außerdem soll der Bürgermeister beauftragt werden an das Land heranzutreten damit die Rückstände beim Sozialhilfeverband Murtal beglichen werden.

**Die** Anträge wurden einstimmig angenommen. Für die Pflegeheime und das Normkostenmodell (Verrechnungsmodell nach dem das Land Heimbetreiber bezahlt) ist ÖVP-Landesrat Christopher Drexler zuständig. Auch der Landeshauptmann ist in der Hand der ÖVP. Es ist gut, dass sich die ÖVP-Zeltweg für eine Überprüfung und die Bezahlung der ausstehenden Gelder stark macht. Für einen Erfolg wäre es auch wichtig, dass die ÖVP ihre eigenen LandespolitikerInnen in die Pflicht nimmt.



Die KPÖ nimmt zu politischen Ereignissen Stellung und ist in vielen Fragen aktiv. Aber selten wird in den Medien darüber berichtet.

Unsere Internetadresse:

[www.kpoe-steiermark.at](http://www.kpoe-steiermark.at)



## Mondi, HTP Fohnsdorf - Der ganz „normale“ Kapitalismus

Die Beschäftigten von Mondi Bags in Zeltweg und der HTP in Fohnsdorf erleben gerade bittere Zeiten. Bei Mondi bangen die 122 Beschäftigten der Abteilung Mondi-Bags um ihren Arbeitsplatz. Mondi beabsichtigt eine Umstrukturierung. Das könnte das Ende der seit 1922 bestehenden Papiersackherzeugung in Zeltweg sein. Bei der HTB wurden 70 Beschäftigte beim AMS zur Kündigung vorgeordnet, 50 ArbeiterInnen und Angestellte wurden bereits gekündigt.

**Mondi** ist ein internationaler Großkonzern mit rund 26.300 MitarbeiterInnen. Das Unternehmen ist hochprofitabel, beachtliche Gewinne werden erzielt. In einem Bericht der Kleinen Zeitung vom Februar 2018 über die „Steuer-oase Österreich“ steht zu lesen: „Beim Papierhersteller Mondi stehen 10 Millionen Euro Steuerleistung einem Fair-Tax-Wert von 50 Millionen Euro gegenüber“. (Mit Fair-Tax ist ein fairer Steuerwert für multinationale Konzerne gemeint, je mehr Fair-Tax und tatsächlich gezahlte Steuern ausei-

inanderklaffen, umso mehr Steuerumgehung hat stattgefunden.

**Bei** der HTB werden Kunststoffteile, z.B. für die Autoindustrie hergestellt. Das Geschäft läuft schlecht. Die noch verbleibenden MitarbeiterInnen sind besorgt um ihre Zukunft. Man macht sich Sorgen, ob das Unternehmen überhaupt bestehen bleibt.

**Die** beiden Betriebe sind Beispiel dafür, dass es im Kapitalismus keine sicheren Arbeitsplätze gibt. Beschäftigte werden entlassen, egal ob es große Gewinne oder wirtschaftliche Schwierigkeiten gibt. Im Kapitalismus ist Gewinnmaximierung die oberste Devise. Gleichzeitig gibt es einen beinhaltenen Konkurrenzkampf.

**Wenn** durch Kündigungen oder Abteilungsschließungen höhere Gewinne erwartet werden, dann wird das ohne Rücksicht auf das Schicksal der Menschen durchgezogen. Gleichzeitig ist die Konkurrenz gnadenlos. Besonders in der Autoindustrie werden die Zulieferer an die Wand gedrückt. „Ein Kapitalist schlägt viele andere tot“ schrieb Karl Marx bereits vor rund 150 Jahren. Die leidtragenden in diesem System sind die arbeitenden Menschen. Sie zahlen die Zeche.

### Aus dem Gemeinderat

#### Musikschule, Portalsanierung

**Auf** Grund von Sicherheitsvorschriften müssen die Eingangsportale der Musikschule durch zwei neue, mit Panikbeschlägen bestückte Türen ersetzt werden. Die Kosten dafür liegen bei rund 14.250 Euro.

#### Hohe Tarife für außerordentliche MusikschülerInnen

**Die** Tarife der Musikschulen werden vom Land vorgegeben und vom Gemeinderat beschlossen. Die jährliche Gebühr für den Musikunterricht von außerordentlichen SchülerInnen sind ohnehin schon hoch, nun wurden sie abermals angehoben. SchülerInnen bezahlen nun 1.238 Euro, um 29 Euro mehr als im Vorjahr. Erwachsene bezahlen nun 1.555 Euro, um 39 Euro mehr als im Vorjahr.

Außerordentliche SchülerInnen sind jene, die ein Instrument erlernen, aber keine Prüfungen ablegen. Nur die KPÖ hat gegen diese Erhöhungen gestimmt.

„Intelligenz, Sozialkompetenz, Teamarbeit und Konsequenz werden nachweislich durch Musikunterricht gefördert“ erklärte Heinz Moser, neuer Direktor der Musikschule Leoben kürzlich in den Medien. Wir können dem nur zustimmen und sind der Meinung dass Musikunterricht - auch für außerordentliche SchülerInnen nicht so teuer sein darf.

#### Nicht zuordenbare Geldbeträge

**Die** Gemeinde verfügt über Guthaben in der Höhe von 125.900 Euro, die nicht mehr zugeordnet werden können. Dieser Betrag stammt aus den Malversationen im Zuge des Zeltweger Finanzskandals. Nun wurde beschlossen diese Gelder auszubuchen und zur Sondertilgung eines Darlehens der Wasserversorgung zu verwenden.

#### Darlehensaufstockung

**Zur** Finanzierung der Schulsanierungen mussten die zwei bestehenden Darlehen aufgestockt werden. Ein Darlehen in der Höhe von nun rund 6,7 Mio. Euro wird durch Bedarfszuweisungen des Landes finanziert. Das zweite Darlehen in der Höhe von nun 4,7 Mio. Euro ist von der Stadtgemeinde zu bedienen. Die Laufzeit des vom Land finanzierten Kredits beträgt 10 Jahre, beim Gemeindedarlehen sind es 25 Jahre.

#### Mobilitätszuschuss

**Um** es Studierenden zu erleichtern ihren Hauptwohnsitz in Zeltweg zu belassen, wurde ein Mobilitätszuschuss in der Höhe von 150 Euro pro Semester beschlossen. Um diesen Zuschuss kann im Gemeindeamt angesucht werden. Dafür gibt es ein eigenes Formular.

## Sozialversicherungen und Krankenkassen im Visier der Regierung

Nun wurde bekannt, wie die Zukunft der Sozialversicherungen aussehen soll. Was von ÖVP und FPÖ als „Reform“, als Verwaltungsvereinfachung und Einsparung verkauft wird, ist in Wahrheit die weitreichendste sozialpolitische Umwälzung in der Geschichte der Zweiten Republik.



**Es** geht um Umfärbung und um die Aushöhlung der Selbstverwaltung. Rund 90% der Versicherungsbeiträge stammen aus den Beiträgen der ArbeiterInnen und Angestellten. Deshalb wurden die Gelder bisher logischerweise von VertreterInnen der Versicherten und ihrer Dienstgeber verwaltet. Hier geht es um riesige Summen, rund 60 Milliarden Euro im Jahr.

**Nun** greifen ÖVP und FPÖ massiv in diese Selbstverwaltung ein. Künftig soll ein Drittel der VertreterInnen von der Bundesregierung in die Kassen entsandt werden. So will sich die FPÖ neue Posten und die ÖVP noch mehr Einfluss auf die Gelder der Sozialversicherten verschaffen.

**Die** Sozialversicherungen sind der größte nicht gewinnorientierte Bereich in Österreich. Das ist Teilen von FPÖ und ÖVP schon lange ein Dorn im Auge. Langfristig geht es auch um Privatisierung. Privatspitäler, Versicherungs- und Gesundheitskonzerne haben schon lange ein Auge auf die Milliarden der Sozialversicherungen geworfen.

**Bemerkenswert** ist, dass Finanzminister Hartwig Löger aus der privaten „Zusatzversicherungs“-Branche kommt. Löger war vor seiner Laufbahn als Minister Vorstandsvorsitzender des Versicherungskonzerns UNIQA Österreich.

**Eine** Milliarde Euro sollen bei den Sozialversicherungen innerhalb von drei Jahren eingespart werden. Wer glaubt, dass diese Summe ohne Verschlechterungen für die Versicherten erzielt werden kann, wird wohl bald eines Schlechteren belehrt werden.



**Wenn die Regierung wirklich nur bei der Verwaltung und nicht bei den Leistungen sparen will, soll sie eine Garantie dafür abgeben. Deshalb fordern wir ein gesetzlich verankertes Verschlechterungsverbot!**

Kurt Luttenberger, Arbeiterkammerrat  
Gewerkschaftlicher Linksblock (GLB)

### Leserbrief

Öfters weiß ich bei der Müllsortierung nicht genau was in welche Tonne gehört. Deshalb wäre es sehr hilfreich, wenn die Gemeinde ein Merkblatt über die richtige Mülltrennung herausgeben würde. Später könnte aus diesem Merkblatt eine Broschüre entstehen.

E.F.

Ing. Rudolf Pichler  
Mitterweg2 - 8740 Zeltweg

**PICHLER** e.U.  
DIENSTLEISTUNGEN

- TEXTILDRUCK-  
-Chauffeurdienste-

### Rückblick auf die Kinderland Fereienaktion



16 Kinder aus Zeltweg waren heuer bei Kinderland Fereienaktion mit dabei. Allen hat es sehr gut gefallen. Das freut uns sehr. Der nächsten Sommer kommt bestimmt - und dann gibt es wieder eine Kinderland Fereienaktion.

## Förderungen Airpower 2013: Korruptionsstaatsanwaltschaft ermittelt

Nächstes Jahr soll es wieder eine Air-Power-Veranstaltung geben. In den Medien wurde darüber gejubelt. Worüber sehr wenig berichtet wurde ist, dass die Korruptionsstaatsanwaltschaft wegen der Vergabe von Fördergeldern für die Airpower 2013 gegen steirische Politiker und Spitzenbeamte ermittelt.

**Der** Rechnungshof übte bereits 2016 heftige Kritik: Das Land Steiermark hat ohne Rechtsgrundlage Förderungen für die Airpower vergeben. 800.000 Euro pro Veranstaltung, im Jahr 2016 waren es sogar 1,2 Mio. Euro. Nun hat die Korruptionsstaatsanwaltschaft ein Vorverfahren wegen des Verdachts auf Untreue gegen Verantwortliche in der Landespolitik eingeleitet.

### Das kritisiert der Rechnungshof:

**Es** gab keine Ausschreibung und der Kostenrahmen wurde gesprengt. Seitens des Landes gab es keine Strategie und keine konkreten Förderziele. Es wurde nicht evaluiert, ob die eingesetzten Mittel für den Tourismus förderlich waren. Auf eine werbewirksame Darstellung der Steiermark wurde verzichtet. Die für eine Förderung nötigen Unterlagen, die jeder Förderungswerber vorlegen muss, wurden gar nicht eingefordert.

### Alle sind gleich - einige sind gleicher

**Für** das Rahmenprogramm wurde keine Bewilligung nach dem Steiermärkischen Veranstaltungsgesetz beantragt – und das Land hat auch nicht dazu aufgefordert. Dadurch ersparte man sich die nach dem Gesetz nötigen Ordner-, Brandschutz-, Sanitäts- und Rettungsdienste, ebenso den Abschluss einer Haftpflichtversicherung.

## Was geschieht nach den Volksbegehren?

Das Don't-smoke-Volksbegehren hat 881.569 UnterstützerInnen gefunden, das Frauenvolksbegehren hat 481.906 Stimmen bekommen und das ORF-Volksbegehren haben 320.239 Menschen unterschrieben.

**Vor** den Wahlen hat die FPÖ Volksbegehren einen großen Stellenwert eingeräumt. „Das Recht müsse wieder vom Volk ausgehen“ forderte Hans-Christian Strache. Ab einem Ergebnis von 250.000 Stimmen sollten Volksbegehren automatisch zu einer verbindlichen Volksabstimmung führen.

**Auch** Sebastian Kurz hat vor den Wahlen eine verbindliche Volksabstimmung für Volksbegehren mit mehr als 600.000 UnterstützerInnen gefordert. Alle drei Volksbegehren hätten also die FPÖ-Hürde übersprungen. Das Don't smoke Begehren hat auch die ÖVP Hürde geschafft. Wenn man die direkte Demokratie und die eigenen Wahlforderungen ernst nimmt, dann müssen nun Volksabstimmungen kommen!

**Impressum:** Medieninhaber, Herausgeber, Verleger:  
KPÖ-Knittelfeld-Zeltweg, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld. F.d. Inhalt verantwortlich: Renate Pacher.  
Druck: Fa. Gutenberghaus, Knittelfeld

**Die** Airpower bedeutet eine massive Lärm- und Umweltbelastung. Außerdem werden Kampfbomber, die in Syrien, Libyen und Afghanistan im Kampf eingesetzt werden, zur Belustigung der Menschen vorgeführt. Die Airpower ist eine mit Steuergeldern subventionierte Werbeshow für Rüstungsindustrie und Red Bull. Nun wurde auch noch das Recht gebeugt. Vorschriften, die für alle anderen Veranstaltungen gelten, wurden ignoriert.

**Es** zeigt sich, wie richtig unsere Ablehnung dieser Flugshow und unsere Forderung „kein Steuergeld für die Airpower“ ist.

**Erinnern Sie sich noch an das FPÖ-Wahlversprechen, dass es bei einer FPÖ-Regierungsbeteiligung eine Volkabstimmung über CETA geben wird?**



**100 Jahre KPÖ**



**100 Jahre KPÖ**  
Ein knallrotes Fest zum 100. Geburtstag  
**ATTWENGER**  
TRIESTINER PARTISANENCHOR  
UND VIELES MEHR!

**17. NOVEMBER**  
Volkshaus Graz • Beginn: 14 Uhr

Im November 1918 wurde die KPÖ gegründet. Seit 100 Jahren stehen wir an der Seite der arbeitenden Menschen im Kampf gegen Ausbeutung, Faschismus und für eine gerechte Gesellschaft.

Wir feiern unseren 100. Geburtstag mit einem großen Fest und fahren mit einem Bus nach Graz.

**Wer mit uns mitfeiern will ist herzlich willkommen!**

Anmeldungen und Informationen:  
KPÖ-Knittelfeld-Zeltweg, Friedensstraße 10,  
Tel.: 03512/82240, E-Mail: [kpoe.knittelfeld@aon.at](mailto:kpoe.knittelfeld@aon.at)

## Sprechstunde mit Sozialberatung

KPÖ-STR. Renate Pacher  
und DSA Karin Gruber

**Dienstag, 20. November**

KPÖ-Parteiheim in Knittelfeld  
Friedensstraße 10, 9.00 bis 11.30 Uhr,  
Vor Anmeldung: 03512/ 82240

## Zeltweger NACHRICHTEN

**Herzlichen Dank!** Einige ZeltwegerInnen haben uns eine Spende für unsere Zeitung geschickt. Wir bedanken uns herzlich. Der Druck und das Porto unserer Zeitung kosten viel Geld. Wenn Sie der Meinung sind, durch unsere Zeitung gut informiert zu werden, ersuchen wir Sie um eine Spende.

Unsere Bankverbindung: Steiermärkische Sparkasse, IBAN: AT052081526000000617

### Der Termin der nächsten Gemeinderatssitzung:

Donnerstag, 13.12.2018, 16.00 Uhr

Gemeinderatssitzungen sind für Interessierte öffentlich zugänglich



# MITMACHEN!

Ändere die Welt - Sie braucht es



## Wofür steht die KPÖ?

Nichts muss so bleiben wie es ist. Damit der Kapitalismus uns und die Erde nicht an die Wand fährt, brauchen wir grundsätzliche Veränderungen. Menschenwürde, Frieden, Völkerverständigung, Freiheit, Gleichheit und Solidarität dürfen kein unerfüllbarer Traum sein. Dafür kämpfen wir. Widerstand gegen das kapitalistische System ist dringend geboten

### Elke Kahr:

*Mieten und Betriebskosten, Öffentlicher Verkehr, der tägliche Einkauf, Strom, Heizung... Alles wird immer teurer. Die Lohnabschlüsse und Pensionserhöhungen bleiben hingegen hinter der Inflation zurück. Nur die KPÖ macht konkrete Vorschläge, wie diese Teuerungslawine aufzuhalten ist.*

### Ernest Kaltenegger:

*Zu einem würdigen Leben gehört ein gesicherter Arbeitsplatz. Jeder Mensch muss die Möglichkeit bekommen, sich seinen Fähigkeiten entsprechend zu entwickeln und von seiner Arbeit menschenwürdig leben zu können.*

## Mitmachen!

Noch nie wurde so viel Reichtum geschaffen wie heute. Trotzdem ist der Großteil der Bevölkerung von sinkender Kaufkraft und steigenden Preisen betroffen. Die Armut nimmt zu, aber auch der Reichtum einiger weniger. Das muss nicht so sein. In einer Gesellschaft muss das Wohl aller und nicht der Profit im Mittelpunkt stehen. **Dafür treten wir ein, und mit DIR sind wir stärker!**



**Sie wollen mitmachen? Wir freuen uns auf Sie!**

**Kontakt: KPÖ-Knittelfeld-Zeltweg, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld,  
Tel: 03512/8 22 40, E-Mail: [kpoe.knittelfeld@aon.at](mailto:kpoe.knittelfeld@aon.at)**